

„das Ministerium besitzt unser Vertrauen nicht“, wenn man ihm das Mißtrauen noch deutlicher ausdrückte, als es schon geschehen ist. Es würde ebenso gut sein, als wenn man einen Fluß verbrennen wollte. Das Ministerium weiß es auch, daß es unser Vertrauen nicht hat, der Herr Staatsminister, der sich entfernte, hat dies nicht verhehlt. — Eine moralische Nothwendigkeit erblicke ich zum Antrage Dppe's darum nicht, weil man Jemandem nicht geradezu eine Beleidigung ins Gesicht schleudert. Man kann ihm wohl sagen, weß Geistes Kind er ist, man kann ihm die Wahrheit in Ansehung seiner Handlungen und die Folgen davon vorhalten, aber ich glaube, es ist im Staatsleben nicht allemal passend, wenn man etwas thut, was man im gemeinen Leben als eine Grobheit bezeichnet. Es scheint mir das zu sein, wenn man behauptet, es müsse dem Ministerium gesagt werden: „Wir mißtrauen Euch.“ — Die Wahrheit muß gesagt werden, und damit ist es genug! Wenn das Volk die Ehre liebt, so wird es auch die Wahrheit lieben, und wenn es die Wahrheit liebt, so wird es auch diejenigen lieben, welche dem Ministerium die Wahrheit, aber auch nichts weiter, als die Wahrheit sagen.

Abg. Hirschold: Ich gestehe, ich habe es bedauert, daß Gesinnungsgegnossen wegen der Form eine Meinungsverschiedenheit erblicken lassen. Ich habe deswegen den Dppe'schen Antrag bedauert und noch mehr bedauert, daß unser Freund Kaiser dafür zu stimmen erklärt hat, indem ich erwartete, daß unsere Kammer einstimmig den Anträgen des Ausschusses beistimmen werde. Da sich jedoch eine Stimme bereits gegen die Ausschusßanträge erhoben hat, aus Gründen, welche zum Theil schon ihre Widerlegung gefunden haben und deren weitere Widerlegung ich dem Berichterstatter überlassen will, so wünschte ich, daß diese Stimme die einzige bliebe und daß wir nicht wegen der Form einen Beschluß faßten, der dann minder schwer wiegt, wenn der Stimmen einige weniger sind. Aus diesem Grunde wollte ich den Abg. Dppe ersuchen, seinen Antrag zurückzuziehen. Um jedoch einer Interpretation, wie sie der Berichterstatter gegeben hat, noch mehr Nachdruck zu verleihen und auf diese Weise die beiderseitigen, nur über die Form verschiedenen Meinungen, wie sie sich ausgesprochen haben, zu vereinigen, so beantrage ich, daß in dem Antrage unter 2 nach den Worten: „daß sie in der“ eingeschaltet werde: „Seiten der Lehtern verschuldeten“. Es würde sonach der ganze zweite Antrag des Ausschusses so lauten: „Sie wolle im Vereine mit der zweiten Kammer der Staatsregierung erklären, daß sie in der „Seiten der Lehtern verschuldeten“ Verzögerung der Ausführung dieser Beschlüsse etc.“ Ich überreiche dieses Amendement, um es zur Unterstützung zu bringen.

Präsident Joseph: Der Abg. Hirschold beantragt, daß nach den in dem zweiten Theile des Deputationsgutachtens enthaltenen Worten: „daß sie in der“ eingeschaltet werde: „Seiten der Lehtern verschuldeten“. Unterstützt die Kammer diesen Antrag? — Ist nicht ausreichend unterstützt.

Secretair Hohlfeld: Meine Herren! Es giebt die heutige Verhandlung uns Veranlassung, den Schleier zu lüften, hinter dem die europäischen Staatsgeheimnisse den Augen der Völker zeither verborgen gewesen sind. Wir sollen und werden erfahren, ob das Band der Verträge, welche die europäischen Staaten verbinden, ein moralisches oder ein unmoralisches ist. Ein unmoralisches wird aber und muß es sein, wenn aus dem einfachen Anlasse, daß ein gleichberechtigter Staat oder die Regierung eines gleichberechtigten Staats ihren Gesandten von dem Hofe eines andern Staats abberuft, so fürchterliche Folgen sich herleiten sollen, daß die Existenz dieses Staats, weil er just ein schwächerer ist, gefährdet werden könnte. Wäre dies aber der Fall, ständen diese trüben Aussichten vor uns, dann, meine Herren, müßten wir uns um so klarer werden, welcher Jammer, welche Kläglichkeit die Kleinstaaterei ist. Lassen Sie uns hieraus die Lehre und die Ueberzeugung schöpfen, daß die schleunigste Anerkennung der Reichsverfassung, daß das innigste Aufgehen in Deutschland das einzige Rettungsmittel in dieser Noth ist. Sorgen wir, daß so bald als möglich hinter dem kleinen Sachsen das große Deutschland stehe, wenn der österreichische Aar es mit seinen Krallen zerfleischen will. Werden wir uns klar, meine Herren, daß die Volksvertretung ernst und entschieden darauf hindrängen muß, daß die Regierung uns nicht länger dieses Schutzes beraube. Was besteht noch zu Recht, wenn ein Staat, der seinen Gesandten, den Agenten für seine Angelegenheiten, abberuft, die fürchterlichsten Folgen dafür von einem andern Staate zu befürchten haben soll, und was sind die Gründe, die uns in dieser Beziehung Seiten der Staatsregierung in der geheimen Sitzung vom 27. März bekannt gemacht worden sind? Es sind jene Gründe protocollirt worden, und sie sind bereits in dieser Versammlung genannt worden. Als Grund der Verweigerung des von der Volksvertretung mit der entschiedensten Majorität gestellten Anverlangens, den Gesandten v. Könneritz von Wien abzurufen, stellt der Minister des Auswärtigen die Behauptung auf, daß der Act dieser Zurückberufung unzweifelhaft einen Bruch mit Oesterreich zur Folge haben würde, daß ferner die Hoffnung dadurch vereitelt werde, Oesterreich beim deutschen Bunde zu erhalten, daß ferner sehr bald eine Ungeneigtheit Oesterreichs sichtbar werden würde, die Vereinigung Sachsens mit verwandten Nachbarstämmen zu fördern, und daß endlich wesentliche Erschwernisse des Grenzverkehrs zu befürchten ständen. Von mehreren Sprechern dieses Hauses sind die hier aufgeführten Gründe mit treffenden Worten als Phrasen nachgewiesen worden, hinter denen sich ärmlich die Ungeneigtheit der Regierung verbirgt, den Volkswünschen nachzukommen, vielmehr die Absicht sich ausspricht, auf jede Gefahr hin eine kränkelnde und unnatürliche Hofpolitik einer gesunden Volkspolitik gegenüber fortzusetzen. Das Gebiet der Phrasen ist aber noch durch die heutige Erklärung des Ministeriums bedeutend erweitert worden. Wohl ist wiederholt versichert worden, daß dasselbe allerwegen mit aller Offenheit